



1956

Argentinisches Tageblatt

Sonnabend, 16. September 2006

117. Jahrgang Nr. 31.580



Argentinien-Europa,
seit 50 Jahren!

 **Lufthansa**

Das Gas-Problem bleibt bestehen Die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet erhoffte sich mehr

Buenos Aires (AT/cal) – Das wohl zurzeit kritischste Thema zwischen Chile und Argentinien – der Gaspreis – hat auch beim bilateralen Treffen in Maipú in der nordwestlichen Provinz Mendoza zu keiner Einigung geführt. Präsident Néstor Kirchner wollte am Dienstag auf die Bitten der chilenischen Präsidentin Michell Bachelet nicht eingehen – es gibt vorerst keine Preissenkung für Chile bei Gasimport. Einig wurden sie sich hingegen bei dem gemeinsamen Wiederinstandstellen der Eisenbahnlinie „Transandino Central“.

Der Gas-Export nach Chile, kürzlich hat Argentinien einen Preisaufschlag unternommen, dominiert seit bald drei Jahren die bilateralen Diskussionen. Denn Chile kauft den grössten Teil des Erdgases in Argentinien ein. Argentinien wiederum kauft einen stattlichen Teil in Bolivien ein. Zwischen Chile und Bolivien herrscht hingegen eine stark gestörte Beziehung, seit Bolivien Ende des 19. Jahrhunderts den Zugang zum pazifischen Meer verloren hat. Das hat dazu geführt, dass Bolivien sich weigert, dem Nachbarland Erdgas zu verkaufen.



Gesprächsstunden in Maipú: Präsident Néstor Kirchner traf sich mit seiner chilenischen Amtskollegin Michelle Bachelet (rechts).

Der aktuelle Streitpunkt: Argentinien kaufte bisher zu rund 3 Dollar pro Million BTUs einen Teil für den Eigenbedarf in Bolivien ein und verkaufte gleichzeitig das eigene Erdgas zu 3,40 Dollar pro Million BTUs an Chile. Dieses Jahr hob der bolivianische Präsident Evo Morales den Erdgaspreis an – auf 5 Dollar. Worauf Argentinien den Erdgaspreis

für Chile ebenfalls aufhob – auf 4,80 Dollar. Die chilenische Präsidentin Michelle Bachelet hat diesen Aufschlag beim Treffen in Maipú ein weiteres Mal zur Sprache gebracht und kritisiert. Weiter verlangte sie eine Garantie, dass Argentinien den Erdgasbedarf Chiles abdeckt. Denn in der Energiekrise im Jahr 2004 reduzierte Argentinien plötzlich den

Gasexport an Chile. Néstor Kirchner ging auf Bachelets Wünsche nicht ein und gab zu verstehen, dass das Gaspreis-Problem auf Ministerebene im Konkreten verhandelt werden soll. Dieser Streitpunkt wird sicherlich im Dezember in Brasilien, wo ein weiteres Treffen zwischen den zwei Präsidenten Kirchner und Bachelet stattfindet, wieder zur Sprache kommen.

Erfreuliche Nachrichten gab es in Maipú dann doch noch: Chile und Argentinien wollen gemeinsam die Eisenbahn „Transandino Central“, die 1984 definitiv eingestellt wurde, wieder in Betrieb nehmen. Es handelt sich um eine Strecke von 225 Kilometer, die die Gebirgskette der Anden durchquert und die argentinische Stadt Mendoza mit den chilenischen Andenregion verbindet. Chile wird 71 Kilometer der Eisenbahnstrecke sanieren und rund 71 Millionen Dollar investieren, Argentinien rund 98 Millionen Dollar für die 154 Kilometer langen Strecke auf der argentinischen Seite. Im September 2007 sollen die Bauarbeiten beginnen und Ende 2010 soll die „Tras-andino Central“ in Betrieb genommen werden.

D'Elía ist wieder in Aktion

Er will Mapuches-Indianern juristisch gegen Benetton helfen

Buenos Aires (AT/cal) – Wenn der Name Luis D'Elía fällt, zuckt unterdessen schon manch einer erschrocken zusammen oder winkt genervt ab. Der Unterstaatssekretär für sozialen Wohnungsbau der Regierung macht seit geraumer Zeit heftig Schlagzeilen. Sei es, weil er eine Gegenveranstaltung zu Blumbergs Marsch für mehr Sicherheit organisiert oder weil er im Nordosten Argentiniens in der Provinz Corrientes symbolisch Zäune des US-Amerikaners Douglas Tompkins durchschneidet, um die Zugangsstrasse für die lokalen Siedler zu sichern. Und nicht immer – etwa im letzten Beispiel – bewegt er sich im Bereich der Legalität.

Jetzt hat sich der Kämpfer gegen die Ungerechtigkeit wieder ge-

meldet: Er kündete am Dienstag an, dass er eine Teil-Enteignung der Benetton-Ländereien im Süden Argentiniens unterstütze. Die italienische Firma besitzt in den patagonischen Provinzen Santa Cruz, Chubut und Río Negro rund eine Million Hektar Land. Dieses nutzt sie vor allem für Schafzucht.

D'Elía versichert, dass Teile der Benetton-Ländereien in Chubut Wege und Strassen einer Indianergemeinde des Mapuches-Stammes blockieren. Deshalb werde er den Betroffenen juristisch helfen. D'Elía gab seinen Unmut bereits im Fall Tompkins bekannt. Er kritisierte, dass grosse argentinische Ländereien in Händen von Ausländern sind, welche zudem die Urbevölkerung verdrängen.

Letzte Woche veröffentlichte die argentinische Episkopalkommission der katholischen Kirche ein Dokument: Zweijährige Studien be weisen, dass der Anteil von ausländischen Inhabern argentinischer Ländereien zunimmt. Auch wird aus dem Dokument ersichtlich, dass einzelne immer mehr und viele immer weniger oder kein Land mehr besitzen - kleine oder mittelgroße Produzenten müssten meist einpacken. Und ebenso habe man festgestellt, dass in 48 Prozent der untersuchten Gemeinden Eingeborene das Feld räumen mussten ergo vertrieben wurden. Die Vertreter der Kirchengspitze haben die Regierung

nun aufgefordert, etwas gegen diese „steigende Zahl der ausländischen Besitzer von argentinischem Boden zu unternehmen“ und Eingeborene besser zu schützen.

Luis D'Elía begründete die Ankündigung seines neuen Kampfes gegen Benetton auf das klerikale Dokument. Die Vertreter der Kirche allerdings haben bekannt gegeben, dass sie sich von D'Elía distanzieren und nicht einverstanden sind mit seiner Vorgehensweise. Sie wollen legale Mittel und keine Zangen-Aktionen wie die bei Tompkins-Zäunen.

„Wir entsorgen keinen toxischen Müll“

Unternehmer streiten ab, den Riachuelo zu verschmutzen

Buenos Aires (AT/cal) – Sechs Unternehmen, welchen vorgeworfen wird, den Fluss Riachuelo zu verschmutzen, versicherten diese Woche vor dem Obersten Gericht Argentiniens: Sie seien nicht – in keiner Art und Weise – verantwortlich für die Verschmutzung und sie würden „keine toxischen Abfälle in den Fluss entsorgen“. Insgesamt werden deswegen 44 Unternehmen untersucht.

Es war die zweite Anhörung im Fall „Sanierungsplan von Matanza-Riachuelo“. Letzte Woche stellte die Umweltstaatssekretärin Romina Picolotti den Plan vor und verkündete dabei auch, dass in den nächsten 18 Monaten alle industriellen Unternehmen im betrof-

fenen Gebiet überprüft werden.

„Ihr seid engelrein“, bemerkte der Richter Carlos Fayt ironisch – einer der fünf Richter der Anhörung – als die Unternehmer unisono mit Vehemenz beteuerten, dass sie den Riachuelo keineswegs verschmutzen würden. Befragt wurden die Firmen Antivari, Orvol, Petrobas, Curtiduría, Solvay Indupa oder Shell CAPSA. Sie mussten Rede und Antwort stehen. Auf Fragen wie: Was für Substanzen benutzt die Firma bei ihren Produktionen? Werden Abfälle in den Riachuelo geleitet?

Umweltstaatssekretärin Romina Picolotti kritisierte einen Tag nach der Anhörung die befragten Unternehmen scharf. „Wenn sie

nicht verschmutzen würden, hätten wir nicht einen Riachuelo, so wie er zurzeit vorzufinden ist.“ Und die Firmen, die beim Sanierungsplan nicht mitarbeiteten, fügte Picolotti an, würden ausradiert werden. Am Dienstag hätten sie die Möglichkeit gehabt, der Bevölkerung zu zeigen, dass sie die Sanierung unterstützen und mitanpacken, aber sie hätten sie vergeben.

Kommenden Dienstag wird Picolotti den Sanierungsplan Matanza-Riachuelo nun auch im Senat



Aktueller Zustand:
Der Riachuelo ist dreckig und stinkt.

vorstellen, damit auch die dafür nötigen Gesetzesentwürfe angepackt werden können.

WOCHENÜBERSICHT

Abgeordnete wollen Prostitution legalisieren

Die zwei Abgeordneten der Stadt Buenos Aires, Herrera Bravo und Helio Rebot, wollen gegen die sexuelle Ausbeutung der Frau in der Stadt vorgehen und reichen je ein Gesetzesprojekt ein. Herrera Bravo schlägt vor, die Prostitution in Innenräumen zu legalisieren. Weiter fordert er, dass Prostituierte obligatorisch ein „Gesundheitsbüchlein“ besitzen sollten. Helio Rebots Gesetzesprojekt will offizielle Rotlichtmilieus schaffen, bei welchen ein Register geführt wird, in dem alle Prostituierten eingetragen sind. In anderen Provinzen existieren bereits

solche Rotlichtmilieus und das „Gesundheitsbüchlein“, etwa in Córdoba oder in Santa Cruz.

Militärdiktatur: Weitere Verhaftungen

Die Regierungsmitarbeiter Raúl Horacio Harsich und César Amadeo Fragni, der Chef der Infanterieschule Osvaldo Jorge García und der Militär Alberto Angel Aneto sind letzten Freitag festgenommen worden. Ihnen wird unter anderem Freiheitsberaubung und Folter im Geheimgefängnis Campo de Mayo während der Militärdiktatur (1976-1983) vorgeworfen. Auch sollen sie an der Entführung von Matilde Lanuscou und an der Tötung von

Florián Avellaneda beteiligt gewesen sein. Die Anklage vermutet, dass vom Campo de Mayo aus zahlreiche „Flugzeuge des Todes“ gestartet sind, bei welchen Regimegegner aus grosser Höhe über dem Río de la Plata in den Tod geworfen wurden.

Vier Spitäler auch nachmittags offen

Um in einem öffentlichen Spital der Stadt Buenos Aires untersucht zu werden, muss ein Patient oft Stunden warten, für einen chirurgischen Eingriff gar Monate. Das soll sich jetzt ändern: Die Spitäler el Ramos Mejía, Piñero, Penna und Udaondo werden nicht nur noch morgens Patienten aufnehmen und behandeln, sondern den ganzen Tag – von acht Uhr morgens bis 20 Uhr abends. Die 33 Spitalzentren der Stadt Buenos Aires sind überlastet. Monatlich melden sich 600.000 Patienten an. Im Jahr 2007 soll bei weiteren Spitätern längere Öffnungszeiten eingeführt.

sein Chauffeur sollen die Mörder der Schweizerin Annagreth Würzler sein. Die Strafverfolger in der Provinz La Rioja hätten nun genügend Beweise für einen Prozess gegen die Verdächtigen. Die 28-jährige Biologin Annagreth Würzler hatte im Jahr 2003 ihre Stelle beim Solothurner Umweltschutzamt gekündigt, um mit dem Fahrrad durch Lateinamerika zu radeln. Ein Lebenszeichen erhielten ihre Eltern letztmals im August 2004. Seither gilt sie als verschollen. Die Ermittler gehen davon aus, dass sie von den beiden Verdächtigen auf einem Campingplatz ermordet wurde. Die Polizei fand einen Blutfleck und Radlerhosen, aber keine Leiche. Der Prozess soll Anfang 2007 beginnen.

130 Jahre Buenos Aires Herald

Am 15. September 1876 gründete der schottische Immigrant William Cathcart den Buenos Aires Herald. Zu Beginn erschien er einmal pro Woche und bestand vor allem aus maritimen Nachrichten und Werbung. Später mutierte er zu einer umfänglichen Tageszeitung. Seit dem Jahr 1959 ist der

Mörder der Schweizerin angeblich überführt
Ein argentinischer Hotelier und



CD Rom / Touch-Screen
Web / Video Digital
3D / Animaciones
(5411)4703-5509
www.multimedia.com.ar

Herald noch die einzige auf Englisch erscheinende Zeitung in Argentinien. Zu Zeiten der Militärdiktatur (1976-83) galt der Herald als einzige Publikation im Land, die wagte, über gewisse Dinge wie das Verschwinden von Leuten zu schreiben. Der Herald setzte sich für die Menschenrechte ein und wurde deswegen bis über die Grenzen Argentiniens bekannt.

Militärflugzeug in Villa de Mayo abgestürzt

Am Donnerstagmorgen ist ein zweimotoriges Militärflugzeug in der Villa de Mayo in Gross Buenos Aires nur 50 Meter neben einem Supermarkt abgestürzt. Die beiden Piloten, Gonzalo De la Cruz und Roberto Quesada, kamen dabei ums Leben. Die Piloten sind von der militärischen Ba-

sis Campo de Mayo aus gestartet und stellten kurz darauf fest, dass der Motor Probleme hatte. Um ein grösseres Unglück zu verhindern, liessen sich die Piloten nicht mit den Schleudersitzen aus der Maschine schleudern. Denn sie überflogen eine dicht bewohnte Zone und wollten sicher sein, dass das Flugzeug keine Opfer ausser ihnen selbst in den Tod reisst.

Rogelio Frigelio

Der Politiker und Ökonom Rogelio Frigerio ist am Donnerstag im Alter von 91 Jahren in seinem Haus im Quartier Belgrano gestorben. Frigerio inspirierte mit seinen Ideen stark die Politik des ehemaligen Präsidenten Arturo Frondizi in den Jahren von 1958 bis 1962. (AT/cal)

Lavagnas Programm

Seit sich der letzte Wirtschaftsminister Roberto Lavagna der Presse für Gespräche stellt und Vorträge in akademischen Kreisen hält, gewinnt sein mögliches Programm als gewählter Präsident deutlichere Gestalt. Die Entscheidung, ob Lavagna als Kandidat für die nächstjährigen Wahlen für die Präsidentschaft nominiert werden wird und mit welcher parteipolitischen Unterstützung, ist längst nicht gefallen. Die Zeit hierfür ist laut Lavagna noch nicht reif, aber eine Konzertation mit Fraktionen der radikalen UCR, der Justizialisten, der MID-Partei, des früheren Frepaso und parteiunabhängiger Bürger ist deutlich im Werden, zumal der jüngste Parteitag der UCR den Weg hierfür frei gemacht hat, wie Lavagna die Lage in einem Pressegespräch bewertete.

Lavagna ist Mitglied der Justizialistischen Partei, die führerlos dahin siecht, hat aber mit UCR-Regierungen unter Alfonsín und de la Rúa als Industrie- und Handelssekretär bzw. als Botschafter in Brüssel und in Genf bei der Welthandelsorganisation gewirkt. Das befähigt ihn, Fraktionen beider Volksparteien anzusprechen. Für eine Wahl sind rund 90.000 Parteivertreter an den Wahltschen („fiscales“) erforderlich, wie Lavagna präziserte, die ihm sicherlich die UCR bereit stellen wird, wenn sie ihn als Kandidaten postuliert. Lavagna führt selber keinerlei politische Partei, ist daher auf etablierte Parteien angewiesen.

Derzeit tritt der frühere Wirtschaftsminister der Präsidenten Duhalde und Kirchner zwischen April 2002 und November 2005 nicht als Oppositioneller zu Kirchner auf, der ihn entlassen hat, übt aber scharfe Kritik an einigen Massnahmen. Ihm schwebt eine Alternative zu Kirchner vor, die das Programm Lavagnas fortsetzt, aber andere Prioritäten setzt. Im landesüblichen parteipolitischen Jargon versteht sich die Opposition als Gegenpol zur jeweiligen Regierung, auch wenn sie richtig handelt. Das liegt Lavagna fern.

Als wichtigste Ziele seines Programms nannte Lavagna, der inzwischen ein Büro unweit des Obelisken in der Stadt Buenos Aires unterhält, Erziehung, Wissenschaft und Technologie, Sozialpolitik, Volksgesundheit, persönliche Sicherheit, worüber er mit Ingenieur Juan Carlos Blumberg gesprochen hat, sowie solide Institutionen mit Rechtssicherheit.

Hingegen lehnt Lavagna die Einmischung des Staates in die Verwaltung von Unternehmen deutlich ab, ebenso die masslosen Subventionen im Transport und in der Energie, deren Krise er geisselte, die Kapitalbeteiligungen im Luftfahrtwesen, die Übergabe der Wasserwerke an eine Gewerkschaft, die uferlosen Ankündigungen neuer Staatsinvestitionen, die er mit dem spanischen Unwort „anuncitis“ ablehnte, die dringlichen Notstandsdekrete, die Vollmachten für den Kabinettschef, die im letzten Haushaltsprojekt mit seiner Unterschrift nicht mehr erwähnt waren, die Machtkonzentration, lies Richterrat und Staatsstelle für Finanzinformationen, sowie die Preiskontrollen. Die Inflation, ge-

messen an den landesweiten Preisermittlungen, Spanisch genannt „precios implícitos“, sei laut Lavagna von 11 Prozent unter seiner Wirtschaftsführung auf derzeit 14 Prozent gestiegen.

Nicht alles ist Kritik an Kirchner. Der Primärüberschuss der Staatsfinanzen, der hohe und nicht gebundene Wechselkurs und der Überschuss im Aussenhandel gehören zum Rüstzeug Lavagnas, das beizubehalten sei. Ebenso erklärte sich Lavagna einig mit der aussenpolitischen Entscheidung Kirchners, keine Truppen zur Befriedung im Libanon zu entsenden, deren Aufgaben unklar seien, so dass sie in Kämpfe verwickelt werden und Tote sowie Verwundete erleiden könnten. Der Konflikt sei für Argentinien fremd.

Die Verfassungsreformen in den Provinzen Misiones, Tucumán und Jujuy lehnte Lavagna ab. Sie geniessen die Unterstützung des Präsidenten, woraus abgeleitet werden könne, dass Kirchner nach einer Wiederwahl auch die nationale Verfassung mittels einer gewählten Konstituante zwecks seiner eigenen Wiederwahl auf Lebzeiten reformieren lassen könnte, wie er es 1999 als Gouverneur der Provinz Santa Cruz praktiziert hatte.

Lavagna spricht ein breites politisches Spektrum an, das sicherlich zunehmen würde, sollte es zu einer Zweitwahl kommen, die die Wählerschaft polarisiert. Vorerst lehnt Lavagna sowohl die linkslastigen Ideologen der siebziger Jahre wie auch die als rechts eingestuften Befürworter der neunziger Jahre ab. Wer dann Mitte links und wer Mitte rechts stehen wird, dürfte sich erst zeigen, wenn der Wahlkampf beendet ist. Dafür fehlen noch mehr als zwölf Monate, oder zwei Monate Oktober, wie Präsident Kirchner dieser Tage in Hinblick auf das Wahldatum Ende Oktober 2007 präziserte.

Randglossen

Während sich Präsident Kirchner anschickt, in New York für US-Investitionen in Argentinien zu werben, die auf handfeste Garantien für ihre Rechtssicherheit erpicht sind, beteiligt sich die Regierung in der Person des Botschafters in Kuba als eingeladener Gast an der Konferenz der Blockfreien in Havanna. Argentinien hatte sich stets als Beobachter zu diesen Konferenzen eingeschrieben, trat dem Verein 1973 bei und in den neunziger Jahren wieder aus, beides unter peronistischen Präsidenten, und kehrt jetzt als Gast wieder zurück. Die Blockfreien wurden vor einem halben Jahrhundert von Tito, Nehru und Nasser ins Leben gerufen, als im kalten Krieg USA und die Sowjetunion sich gegenseitig befehdeten. Der kalte Krieg ist längst mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion beendet, so dass sich die Blockfreien derzeit gegenüber anderen internationalen Gefilden distanzieren müssen, deren Ziele unklar sind.

Der Oberste Gerichtshof mischt weiter in der Sanierung des Riachuelo-Beckens mit, nachdem er den Regierungen der Nation, der Stadt und der Provinz Buenos Aires einen Befehl erteilt hatte, ein diesbezügliches Sanierungsprogramm vorzulegen. In mehreren Audienzen werden private Unternehmen angehört, die sich gegen den Vorwurf wehren, dass sie den Fluss mit ihren Abwässern verschmutzen. Die Sprecher der Unternehmen lehnen selbstverständlich jegliche Verantwortung ab. Ein Unternehmer kündigte Schliessung und Konkurs an, sollte die Anlage an der Mündung des Riachuelo gezwungen werden, sich anderenorts nieder zu lassen. Gleiches Schicksal dürfte zahllosen anderen Unternehmen blühen, wenn die Umweltauflagen, die längst gesetzlich verbrieft sind, von Amts wegen durchgesetzt werden. Trübe Aussichten.

Fußball

Riquelme tritt zurück

Buenos Aires - Spielmacher Juan Roman Riquelme hat seinen Rücktritt aus der argentinischen Nationalmannschaft erklärt. Der 28-Jährige, der beim spanischen Club FC Villarreal unter Vertrag steht, begründete den überraschenden Schritt mit der anhaltenden Kritik an seiner Person und dem Gesundheitszustand seiner Mutter, die verträgt die Angriffe auf ihren Sohn nicht gut. "Es war keine schwere Entscheidung", sagte Riquelme. "Ich kann Kritik ertragen, aber die Familie kommt für mich vor dem Fußball", erklärte Riquelme. (dp/AT)

Der König der Klubs

Boca gewinnt Südamerikas Supercup und erzielt einen Titelrekord

Sao Paulo (dpa/ AT/ ist) – Seine Mannschaft tanzte auf dem Rasen wild umher, die Fans wollten nicht mehr aufhören zu brüllen – Alfio Basile ballte nur kurz die linke Faust, dann gab er ein Fernseh-Interview. Ein mildes Lächeln hatte der Trainer der Boca Juniors dabei auf den Lippen, ansonsten gab er sich wie immer: Ruhig und mit einer Stimme, so kratzig wie eine Brotschneidemaschine. Ja, natürliche freue er sich mit einem grossen Titel abtreten zu können. Eine große Sache? “Ja, natürlich, toll.” Seine Boca Juniors haben den südamerikanischen Fußball-Supercup gewonnen und mit seinem 16. internationalen Titelgewinn auch einen neuen Weltrekord aufgestellt. Im Finalrückspiel schaffte Boca am späten Donnerstagabend in Brasilien ein 2:2 (1:1)-Unentschieden beim FC Sao Paulo. Dank des 2:1-Heimsieges in der vergangenen Woche sicherte sich der Sieger des südamerikanischen Pokals, der mit dem UEFA-Cup in Europa ver-

gleichbar ist, den Titel gegen den Gewinner der süd-amerikanischen Champions-League. Alfio Basile wird ab sofort die argentinische Nationalmannschaft trainieren, sein Nachfolger ist Ricardo La Volpe, der ehemalige Trainer der mexikanischen Auswahl.

Im Morumbi-Stadion in Sao Paulo hatte Souza die Hausherren und amtierenden Vereins-Weltmeister in der 35. Minute in Führung gebracht. Der Treffer kam etwas unvermittelt – Boca hatte die Anfangsphase stark dominiert. Kurz nach dem Rückschlag besann sich Boca wieder auf die eigene Offensivstärke und drehte dank einem Tor von Rodrigo Palacio (40.), das Martín Palermo geschickt mit einem Kopfball vorbereitet hatte, und einem harten Schuss aus 14 Metern von Palermo selbst (75.) den Spieß um. Für Sao Paulo blieb nur noch Zeit für eine Ergebniskorrektur durch ein Eigentor von Morel Rodríguez (88.). Die Brasilianer hätten aufgrund der Auswärtstor-Regelung



Das größte Team der Welt: Die Boca Juniors haben die meisten internationalen Titel gewonnen. (AP-Foto)

zwei weitere Tore für den Gewinn der “Recopa Sudamericana” benötigt. Mit diesem Titel sind die Blau-Gelben aus dem Hafenviertel nun der Verein, der weltweit die meisten internationalen Titel errungen hat. Boca verwies Real Madrid, den AC Mailand sowie Independiente de Avellaneda (alle mit jeweils 15 Titeln) auf die Plätze.

Am Ende ließ sich sogar der nüchterne Basile noch ein para

sentimentale Sätze entlocken: “Ich bin sehr gerührt, meine Jungs haben heute wie immer alles gegeben. Wir alle können sehr stolz sein.” “Coco” gewann mit Boca fünf Turniere in Folge, er wird in Buenos Aires unvergessen bleiben. Nun wird er die Nationalelf in die WM 2010 führen. Der 62-Jährige hatte die Landesauswahl bereits Anfang der 90er Jahre unter anderem auch bei der WM 1994 in den USA trainiert.

TABELLEN

Fussball

Argentinische Liga

6. Spieltag: Estudiantes - Banfield 0:0, San Lorenzo - Central 3:1, Godoy Cruz - Belgrano 1:1, Vélez - Gimnasia (Jujuy) 2:0, Racing - Argentinos Jrs. 2:3, Lanús - Independiente 2:4, N. Chicago - Colón 1:0, Newell's - Arsenal 2:2, River - Quilmes 2:1, Gimnasia - Boca 1:0 (das Spiel wurde nach der ersten Halbzeit abgebrochen. Ein Termin zur Wiederholung steht noch nicht fest). **Tabellenspitze:** 1. Boca 15:2 Tore, 15 Punkte; 2. Independiente 15:8, 13; 3. San Lorenzo 14:11, 13; 4. River 12:7, 13; 5. Belgrano 8:7, 11; 6. Vélez 6:3, 11; 7. Estudiantes 5:4, 10; 8. N. Chicago 6:10, 9.

Argentinien nähert sich wieder den Blockfreien an

Buenos Aires (AT/cal) - Argentinien geht nach 15 Jahren Pause wieder ein paar Schritte auf die Blockfreien Staaten zu: Zum 14. Gipfeltreffen der Bewegung in der kubanischen Hauptstadt Havanna vom 15. und 16. September nimmt Argentinien als Beobachter teil. Unter dem ehemaligen Präsidenten Carlos Menem im Jahre 1991 war das Land aus der antiimperialistischen Bewegung der Blockfreien Staaten ausgetreten. Menem zog gute Beziehungen mit den USA vor. Jetzt will man sich ihr allerdings wieder nähern. Es geht darum, einen „anormalen Zustand“ zu korrigieren, zitierte die kubanische Nachrichtenagentur Telam den argentinischen Botschafter Darío Alessandro auf Kuba. Und aus argentinischen Regierungskreisen liess man verlauten: Es gibt keinen Grund bei einem Treffen zu fehlen, an dem fast alle südamerikanischen Staaten teilnehmen. Denn immerhin seien acht der zwölf südamerikanischen Länder Mitglieder der Bewegung.

Die Bewegung der Blockfreien Staaten war 1961 während des Kalten Krieges in Belgrad gegründet worden. Dieser internationalen Organisation von Staaten, die zu keinem Militärblock zählen und sich im Ost-West-Konflikt neutral verhielten, gehören auch viele afrikanische und asiatische Staaten an.

AUSFLÜGE UND REISEN

Los Antiguos ist durchaus nicht altmodisch



Los Antiguos am Lago Buenos Aires (Santa Cruz).

Eine gewaltige Aschenwolke stieg damals empor, vor 15 Jahren. Sie war schätzungsweise etwa 8000 Meter hoch. Trotz der stattlichen Entfernung von circa 130 Kilometer zum Vulkan Hudson (1900 Meter) war das Phänomen

von Los Antiguos deutlich zu sehen. Und auch zu spüren, denn bald begann Asche vom Himmel zu fallen und alles in Grau zu tauchen.

Das war im August 1991. Für den winzigen Ort am Südufer des

Lago Buenos Aires, rund 350 Kilometer westlich von Comodoro Rivadavia, am Fuß der Anden, schien der Kataklysmus das Ende zu bedeuten: Schafherden tot, Felder, Wiesen und Obstplantagen zentimeterdick mit Asche bedeckt. Heute kann man sich im Lokalmuseum „Impacto del Hudson“ ein Bild von der Katastrophe machen.

Doch das Unglück zeigte bald seine positiven Seiten. Durch den Aschefall wurde der Boden so stark gedüngt, dass Los Antiguos zu einer grünen Oase mutierte, wo - unter anderem - die angeblich saftigsten Kirschen wachsen. Prompt nannte sich der Ort „Capi-

tal Nacional de la Cereza“, das Produkt wird sogar erfolgreich exportiert. Die „Fiesta Nacional de la Cereza“ findet jeweils in der ersten Januar-Woche statt.

Der Anblick der Kirschbäume in voller Blüte ist so überwältigend, dass selbst Touristen aus dem fernen Japan anreisen, um Bilder von der Farbenpracht zu schießen. In der ersten Oktoberwoche findet das Fest „Cerezos en Flor“ statt. Es ist der südlichste Punkt der Erde, wo Kirschen gedeihen.

Auferstanden aus der Asche, ist Los Antiguos heute ein beliebtes patagonisches Reiseziel. Durch seine Lage an einem der größten argentinischen Binnenseen, dem Lago Buenos Aires, hat Los Antiguos ein liebliches Klima. Auch die Umgebung ist herrlich. Im Buenos Aires-See kann man übrigens sehr gut fischen, und von hier aus kann auch über den Grenzpass Jeinemeini hinüber nach Chile Chico fahren.

Doch die meisten Besucher ziehen Los Antiguos und das argentinische Patagonien vor. Man kann nämlich südwärts die Grenzkordillere entlang zum Paso Roballos

und zum Doppelsee Lago Pueyrredón-Lago Posadas fahren - heute ist das mit einem normalen Auto ohne weiteres möglich. Zuvor kommt man nahe dem Monte Zeballos vorbei, wo man Seen, Wasserfälle, dichten Wald und grüne Wiesen findet.

Unterkünfte gibt es in Los Antiguos jede Menge, mit Preisen zwischen 20 und 230 Pesos. In Privathäusern bekommt man echten walisischen Tee mit Gebäck (Torta Galesa) serviert und kann auch praktisch lernen, wie man Marmelade anrührt.

Von Los Antiguos gelangen Reisende auch relativ schnell zu den Felsmalereien des Río Pinturas beim Perito Moreno-Gletscher, es ist ein lohnender Ganztags-Ausflug.

In der Information „Die Königin der Schiffe erobert Südamerika“ in der Ausgabe vom 02. September wurde die Telefonnummer der Firma SECON-Tourismo falsch angegeben. Richtig lautet sie: 011-4321-1021.

Info: www.losantiguos.gov.ar

Tourismus in der Provinz

Das gesamte Fremdenverkehrsangebot der Provinz Buenos Aires wird in der großen Ausstellung zu gegen sein, die am 23. und 24. September von 13 bis 21 in La Rural stattfindet.

Marlú

Flyer
 **Lufthansa City Center**
 (Zona Norte)
 Leg. 213 Res.04447
 Av. Fondo de la Legua 425
 (B1609JEE) San Isidro
 Tel.: (54 11) 4512-8100
 E-mail: info@flyer.com.ar
www.flyer-de.de

ANTARCTICA EXPEDITIONS

Abfahrten von Ushuaia, Argentinien von November bis März
 11 - 12 - 15 - 20 - 30 Tage-Fahrten
info@antarcticacruises.com.ar
www.antarcticacruises.com.ar
 Tel.: +54.11.4806.6326
 Fax: +54.11.4804.9474
 Evtl Leg. 4552 disposición 597/97

- Tipps

Kunst von gestern und heute

Buenos Aires (AT/ist) - Eine halbe Stunde oder mehr verschwindet einfach - mit dem Besuch dieser Seite. Man verliert schnell das Zeitgefühl in den ausdrucksstarken Bildern und Texten auf www.kunstnarginien.com. Die Seite, die unter der Schirmherrschaft der Deutschen Botschaft in Buenos Aires steht, besteht größtenteils aus Kommentaren und Kritiken von Kunstausstellungen in Buenos Aires - sowohl aktuellen als auch länger zurückliegenden - sowie Reportagen und Künstlerporträts. Die Kritiken sind für Laien verständlich, aber auch für Kenner haben sie Neuigkeitswert. Der Inhalt ist in Deutsch und Spanisch verfügbar, und neben den Kritiken gibt es jeden Samstag einen aktuellen Kunstkalender für Buenos Aires sowie einen Wochentipp. Klick!

Eröffnung am Tag der Deutschen Einheit:

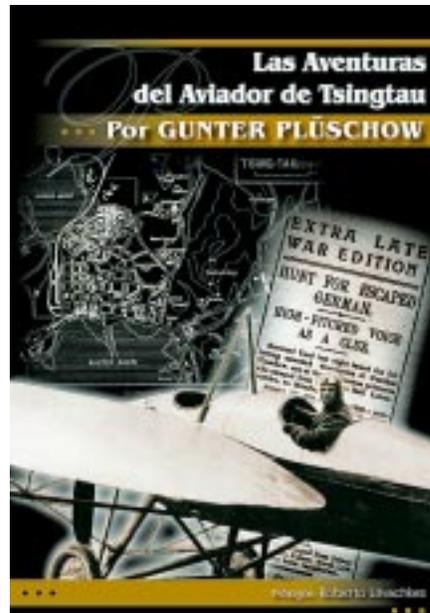
www.allesdeutsch.com.ar

...für alle, die es deutsch mögen.

Gunther Plüschows Abenteuer

“Der Flieger von Tsingtau” erstmals in Spanisch

Buenos Aires (AT/sus) - Gunther Plüschow war Pilot im Ersten Weltkrieg. Als Beobachter überflog er eine entfernt gelegene deutsche Kolonie in China, bis diese in feindliche Hände fiel und auch er in Kriegsgefangenschaft geriet. Ihm gelang eine abenteuerliche Flucht, die ihn quer durch China führte, von wo er in die USA flüchtete. Von dort gelangte er als blind-



der Passagier nach Gibraltar, wurde entdeckt und in Gibraltar und schließlich in London inhaftiert. Als erster Mensch brach er aus dem berüchtigten Donnington Hill-Gefängnis aus, versteckte sich wochenlang im Britischen Museum, wo es ihm durch seine Verführungskünste gelang, einer jungen Dame die Abfahrtsdaten eines Schiffes auf den Kontinent zu entlocken, das ihn im Juli 1915 nach Deutschland zurückbrachte.

Seine Abenteuer boten dem Deutschen so viel Erzählstoff, dass er noch während des Krieges seinen Bestseller “Der Flieger von Tsingtau” zu Papier brachte. Das flott geschriebene Buch von 1916 verkaufte sich 700.000 Mal. Übersetzungen ins Englische, Französische und Italienische erschienen.

Heute, 90 Jahre nachdem Plüschow seine Abenteuer niedergeschrieben hat, ist sein autobiographischer Roman erstmals in spanischer Sprache erschienen. Plüschow-Experte Roberto Litvachkes nahm dies zum

Anlass, das Buch beim Treffen der Deutschen Vereinigungen in Paraná, das vergangene Woche stattfand, zu präsentieren.

Die erste spanische Auflage erschien unter dem Titel “Las Aventuras del Aviator de Tsingtau” und beinhaltet auch das Fotomaterial der deutschen Originalversion. Plüschow selbst organisierte mit dem Erlös seines Bestsellers Flug-Expeditionen in den Süden Lateinamerikas. 1928 überflog er als erster Pilot Feuerland, darunter die Darwin-Kordillere, das Kap Hoorn und die Torres del Paine. Zwei Jahre später kehrte er zurück nach Deutschland und veröffentlichte sein Buch “Silberkondor über Feuerland” sowie einen Dokumentarfilm. 1931 starb er bei einem Flugzeugabsturz in Patagonien.

PERSONALNACHRICHTEN

Geburten

Marco Stieglitz, am 09.09.06

Hochzeiten

Tatiana De Ezcurra und Nicolás Schiaffino Azcué, am 13.09.06

Todesfälle

Fritz Spengler, am 09.09.06
 Betti Schuhmayer geb. Stephan, 94, am 13.09.06

ARGENTINISCHE WIRTSCHAFT

Der frei benannte Dollarkurs schloss am Donnerstag zu \$ 3,12. Der Rofex-Terminkurs betrug zum 30.9. \$ 3,103, zum 31.10. \$ 3,111, zum 30.11. \$ 3,12, zum 2.01.2007 \$ 3,13 und zum 31.01.2007 \$ 3,14.

Der Merval-Aktienindex fiel in der Berichtswoche zum Donnerstag um 1,17%.

Der durchschnittliche Rindfleischpreis (kg Lebendgewicht) sank in der Berichtswoche um 0,39% auf \$ 2,241.

Die Gold-, Devisen und Anlagenreserven der ZB betragen am 1.09.2006 u\$ 27,41 Mrd., der Banknotenumlauf \$ 46,37 Mrd. Eine Woche zuvor waren es u\$ 27,35 Mrd. und \$ 49,77 Mrd.

Gestern wurde der Haushaltsvoranschlag für 2007 im Kongress eingebracht. Das Projekt sieht folgende Grunddaten vor: Inflation: zwischen 8% und 11%; Wechselkurs: um \$ 3,10 bis \$ 3,20 je Dollar im ganzen Jahr; BIP-Zunahme: 4%; konsolidierter primärer Überschuss: 3% des BIP; Zunahme

der Gesamtausgaben: 35% (auf \$ 126 Mrd.); Zunahme der laufenden Einnahmen: 11% (auf \$ 148 Mrd.); Exporte: u\$ 48 Mrd. (Plus 20%); Importe: u\$ 39 Mrd., Handelsbilanzüberschuss: u\$ 9 Mrd. Das Budget enthält eine Zunahme von \$ 4,5 Mio. für Rentenzahlungen und auch eine starke Erhöhung für das Planungsministerium, um Staatsinvestitionen zu finanzieren. Ebenfalls sind \$ 4 Mrd. mehr für Erziehung vorgesehen.

Stefan Engelsberger, Vertreter der Inhaber von argentinischen Staatsbonds in Deutschland, die sich nicht dem Tausch angeschlossen haben, hat in Singapur, anlässlich der Generalversammlung des IWF, vorgeschlagen, die argentinische Regierung solle erlauben, diese Bonds in einen Treuhandfonds einzubringen, mit dem neue Investitionsprojekte finanziert werden, wobei die Bondsinhaber zusätzlich 10% in bar besteuern. Die Gewinne, die die Anlagen erwirtschaften sollen für Amortisation der Titel eingesetzt werden. Die argentinische Regierung weigert sich jedoch konsequent, die sogenannten "Holdouts" irgendetwas auszuzahlen.

 Folgende Banken haben sich dem von der Regierung vorgeschlagenen System angeschlossen, um Hypothekarkredite zu erteilen, bei denen die Quote (Zins plus Amortisation und Versicherung) nicht viel von der Miete abweicht: Nación, Macro Bansud, Ciudad, Banex, Supervielle, Hipotecario, Santa Fé, Santa Cruz, Bersa und Rio. Die Banco Nación bietet Kredite auf 30 Jahre zu einem Zinssatz von 8,40% und einer Quote von 10,31% jährlich an; Ciudad fordert, auch auf 30 Jahre, 9,5% Zinssatz während der ersten zwei Jahre und einem veränderlichen Satz danach; Macro Bansud fordert, auch auf 30 Jahre, 9,75% Zinssatz und 11,60% Quote; Hipotecario fordert, bei Krediten auf 20 Jahre, 7,75% Zinssatz während zwei Jahren und danach einen Satz gemäss der Umfrage der ZB plus 2,5 Punkte; Rio fordert bei Krediten auf 25 Jahre 9,5% Zinsen für die ersten 4 Jahre und einem veränderlichen Satz danach; Banex und Supervielle fordert bei einer Laufzeit von 15 Jahren 0,83% des Wertes der Wohnung als Gesamtquote. In allen Fällen werden 100% eines Kredites bis zu \$ 200.000 und 90% bei \$ 300.000 finanziert. Es wurde nicht bekanntgegeben, welche Gesamtbeträge die einzelnen Banken für diesen Zweck bereitstellen und wie das Problem gelöst werden soll, dass bei langfristigen Krediten und kurzfristigen Depositen entsteht, wenn diese stark abnehmen, wie es 2001 der Fall war. Auch wurde nicht bekanntgegeben, welche Bedingungen die Banken stellen, ausser der, dass der Kreditnehmer 8 Mieten pünktlich bezahlt hat.

Die Regierung der Provinz Buenos Aires hat verfügt, dass Unternehmen, die Baumaterialien transportieren und deren Veranlagungsgrundlage bei der Steuer auf den Bruttoumsatz letztes Jahr \$ 500 Mio. überstieg, den Kodex für den Warentransport (COT) fordern und bei Strassenkontrollen ausweisen müssen.

Die Regierung hat mit den Koncessionären von zwei Zufahrstrassen der Bundeshauptstadt, Autopistas del Sol und Autopistas del Oeste, "vereinbart", dass die Erhöhung der Mautgebühr um 15%, die für den 1. Oktober vorgesehen war, erst am 31. Dezember 2007 in Kraft tritt.

Das Grossunternehmen der Milchindustrie Sancor hat seinen Gläubigern mitgeteilt, dass die Zahlung einer Schuld von u\$ 10 Mio., die am 30. September fällig wird, verschoben wird. Gleichzeitig hat diese Riesengenossenschaft von Landwirten, die sich der Milchproduktion widmen, sich verpflichtet, einen Partner zu suchen, und sich in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln. Sancor hat einen Jahresumsatz von etwa \$ 1,5 Mrd. Die Leitung des Unternehmens führt die schwierige finanzielle Lage auf die seinerzeit erfolgreiche Verdoppelung der Exportzölle auf

Milch und Milchprodukte zurück, wobei die Ankündigung einer Senkung des Satzes bei Pulvermilch von 10% auf 5% und von Käse von 15% auf 10% eine Lösung erleichtert.

Paolo Rocca, Leiter des Techint-Konzerns, erklärte, die Firma Tenaris, die dem Konzern mehrheitlich gehört und in mehreren Werken auf der Welt nahtlose Stahlrohre erzeugt, nach dem Kauf der US-Firma Maverick für u\$ 2,6 Mrd. an weitere Unternehmenskäufe denke. In Argentinien werde Tenaris eine Investition von u\$ 350 vollenden, um die Röhrenproduktion zu erhöhen und die Qualität zu verbessern.

Während die Hotelkette Design Suites ihr drittes Hotel in Argentinien eröffnet, dieses Mal in Calafate, Provinz Santa Cruz, bereitet sie die Projekte von Hotels in Salta und Ushuaia vor, danach auch in anderen Orten des Landes. Das Unternehmen betreibt schon ein Hotel von 40 Zimmern in der Nordzone der Bundeshauptstadt und beabsichtigt, ein Hotel mit 30 Zimmern in Palermo-Soho zu errichten.

Expofruit, der grösste Exporteur von Äpfeln im Land, die der italienischen Bocchi-Gruppe gehört, hat letzte Woche eine Anlage zur Reifung von Bananen in Betrieb genommen, die eine Kapazität von 1,8 Mio. kg monatlich hat und \$ 2,4 Mio. gekostet hat. Mit moderner Technologie, auf der Grundlage von Pressgas und Äthylen, wird die Erhaltung der Bananen um drei Tage verlängert, was einen besseren Dienst für die Supermärkte mit sich bringt.

Die ZB berichtet, dass die Banken im Juli einen Gewinn von \$ 490 Mio. erreichten, der 2,6% der Aktiven darstellt. Das sind 0,7% mehr als im Juni und fast doppelt so viel wie im Juli 2005. In 7 Monaten 2006 summieren die Gewinne \$ 2,29 Mrd., fast drei Mal viel wie im Vorjahr. Vom Juli-Gewinn entfallen \$ 70 Mio. auf Staatsbanken und \$ 420 Mio. auf private Banken.

Wissenschaftler der US-Regierung berichten, dass die Meeresströmung "El Niño" aufgetreten ist, mit bedeutenden klimatischen Folgen auf der ganzen Welt. Es handelt sich um eine warme Strömung, die sich der Westküste des amerikanischen Kontinentes nähert, die eine höhere Wasserverdunstung mit sich bringt, die zu einer stärkeren Schneebildung in der Nordküste und mehr Regen, besonders in der argentinischen Pampa-Gegend und in Patagonien, führt.

Wirtschaftsministerin F. Miceli hat den Finanzsekretär Alfredo Mc Laughlin beauftragt, in Singapur bei der Generalversammlung des IWF eine Verhandlung mit den Gläubigern des Pariser Klubs zu versprechen, mit einer Umschuldung auf 12 Jahre, bei 6 Jahren

HELADERAS Y FREEZERS

KOH-I-NOOR

Dynamic System

AHORRE ENERGIA



- Primeras en toda América en incorporar la tecnología GREENFREEZE.
- 100 % ECOLOGICAS.
- No contribuyen al calentamiento global del planeta (efecto invernadero).
- No dañan la capa de ozono.
- Ahorran hasta un 25 % de energía.



Fabrica y Distribuye AUTOSAL S.A. con licencia de LIEBHERR-HAUSGERÄTE GMBH Alemania
 E. Echeverría 930 (I604ABB) Florida, Pcia. de BS. AS. - Tel: 4730-0011

Staat wird Aktionär des Flughafenbetreibers

Letzte Woche wurde das Abkommen zwischen der Regierung und dem Flughafenbetreiber Aeropuertos Argentina 2000 bekanntgegeben. Das Kontrollpaket von AA 2000 befindet sich in Händen von Eduardo Eurnekian, der seinerzeit das Kabelfernsehunternehmen Cablevisión aufgebaut und dann für einen hohen Betrag verkauft hat. Die gegenseitigen Forderungen wurden kompensiert, wobei sich ein Saldo zu Gunsten des Staates von \$ 849,16 Mio. ergibt, der folgendermassen getilgt wird:

1. 22,96% in Bargeld, mit 7% der Bruttoeinnahmen des Unternehmens.
2. 18,61% mit Obligationen, die später zu einem vorbestimmten Preis in Stammaktien umgetauscht werden können.
3. 58,43% in Vorzugsaktien von Aeropuertos Argentina 2000. Der Staat wird schliesslich einen Anteil von 17% bis 20% am Kapital haben. Der genaue Anteil hängt davon ab, ob der Staat von seinem Recht Gebrauch macht, die Obligationen, die er jetzt erhält, in Aktien umzuwandeln. Der Staat wird ein Mitglied des Direktoriums ernennen, der jedoch kein Stimmrecht hat.

Das Unternehmen wird ermächtigt, 30% des Kapitals (etwa \$ 496,1 Mio.) an der Börse anzubieten. Wenn dies erfolgt ist, soll die Konzession, die 2028 abläuft, automatisch um 10 Jahre verlängert werden. Ausserdem ist vorgesehen, dass das Unternehmen einen Kredit auf dem internationalen Finanzmarkt von u\$s 400 Mio. erhält, der für Arbeitskapital und eventuell für Tilgung von Obligationen bestimmt ist.

Die bisherige Gebühr, die zum grössten Teil nicht gezahlt worden ist und deshalb die hohe Schuld gegenüber dem Staat verursacht hat, wird abgeschafft. Statt dessen werden künftig 15% der Bruttoeinnahmen für folgende Zwecke bestimmt:

1. 11,25% wird einem Treuhandfonds zugeführt, der für Investitionen im Flughafensystem bestimmt ist.
2. 1,25% ist für einen Fonds für Studien, Kontrolle und Regulierung der Konzession bestimmt.
3. 2,5% sind für konkrete Investitionen in Flughäfen bestimmt.

Die Investitionen des Unternehmens werden bis 2028 auf \$ 2,1 Mrd. geschätzt, wobei \$ 985 Mio. bis 2011 investiert werden müssen.

Aeropuertos Argentina 2000 hat keine Tarifierhöhung gefordert. Das war für den Abschluss der Verhandlungen entscheidend. Schliesslich wurde die Beibehaltung des städtischen Flughafens Aeroparque Jorge Newbery vereinbart, der gemäss dem ursprünglichen Konzessionsvertrag geschlossen werden sollte, wobei der Flugverkehr aus Ezeiza verlagert werden sollte. Aeroparque entspricht nicht den internationalen Normen und wird als gefährlich eingestuft. Die Lösung, bestehend in einem Flughafen auf dem Rio de la Plata, der durch eine Brücke mit Aeroparque verbunden würde, wo die Abfertigung der Passagiere beibehalten würde, wurde nicht erwähnt. Wieder wurde eine Gelegenheit verpasst, um das grundsätzliche Problem befriedigend zu lösen.

Dieses Abkommen muss jetzt in einer öffentlichen Audienz behandelt werden, die voraussichtlich am 27. Oktober in der Ortschaft Carlos Spegazzini (in der Nähe von Ezeiza) stattfinden wird.

Karenzfrist. Planungsminister Julio De Vido soll über dieses Problem verärgert sein, weil die Verzögerung eines Abkommens europäische Investitionen und Kredite für Kapitalgüterexporte bremst.

Die Zeitung "Clarín" berichtet in einem gestern veröffentlichten Artikel von Marcelo Bonelli, dass Präsident Kirchner nächste Woche in New York zwei wichtige Zusammenkünfte mit Geschäftswelt haben wird. Einmal wird er ihm Rahmen des "Council of the Americas" mit Unternehmern sprechen. Und dann wird in der Börse ein Frühstück mit den Leitern von 20 Grossunternehmen stattfinden. Kirchner werde angeblich das Modell der 90er Jahre kritisieren, seine Wirtschaftspolitik bestätigen und die Unternehmer auffordern, in Argentinien zu investie-

ren. Er wird von Paolo Rocca begleitet werden, dem Leiter der Techint-Gruppe.

Die chilenische Falabella, die in Argentinien Bekleidungsgeschäfte betreibt, kündigte an, dass sie vier Lokale für Baumaterial über ihre Kette Sodimac eröffnen wird, was eine Anfangsinvestition von u\$s 30 Mio. darstellt.

Die Firma Fargo, die sich mit Broterzeugung und -vertrieb befasst und der mexikanischen Bimbo gehört, wies darauf hin, dass der in den USA gestellte Konkursantrag das in Argentinien laufende Vergleichsverfahren kompliziert. Vier US-Investmentfonds, die 65% der Obligationen von Fargo halten, die die Firma 1998 auf 10 Jahre für u\$s 120 Mio. ausgegeben hat, haben den

Umschuldungsvorschlag mit Schuldenabstrich abgelehnt, den Fargo vorgelegt hat.

Wie der argentinische Hüttenverband (Centro de Industriales Siderúrgicos) berichtet, lag die Rohstahlproduktion im August mit 464.300 t um 0,8% über dem Vorjahr, aber um 3,6% unter Juli, was auf programmierte Betriebstilllegungen zurückzuführen sei. Die Produktion von Roheisen lag mit 292.600 t um 26,9% unter dem Vorjahr und um 16,4% unter Juli.

Die im September 2005 in Angriff genommene Vertiefung des Paraná-Flusses von Puerto San Martín (in der Nähe von Rosario) bis zum Rio de la Plata auf 34 Fuss wurde beendet. Der Hafen von Stadt Santa Fé wurde auf 25 Fuss vertieft. Der Konzessionär, das Unternehmen Hidrovía S.A. (die der belgischen Jan de Nul mit der lokalen Emepa als Minderheitspartner gehört) hat u\$s 40 Mio. aus eigenen Mitteln für die Vertiefung investiert, wobei ausserdem u\$s 27 Mio. jährlich für Instandhaltung ausgegeben werden. Die Panamex-Schiffe können jetzt 3.600 t mehr laden, was eine erhebliche Kostenersparnis bedeutet. Der Tarif für Schiffe wird jetzt erhöht, wobei die Zunahme einen wesentlich geringeren Betrag ausmacht, als die Ersparnis.

Ein griechisches Unternehmen, dessen Identität nicht bekanntgegeben wurde, hat beschlossen u\$s 150 Mio. in Immobilien in Argentinien über das Unternehmen "First South American Investment Co." zu investieren. Der lokale Geschäftsführer, der Kubaner Raul Gonzalez Neira, gab folgende Projekte bekannt: die Firma hat das Grundstück in Puerto Madero, Dock 4, gekauft, das gegenwärtig von einer Diskothek besetzt wird, um sein 5-Sternehotel zu errichten; quer zu diesem wird mit dem Bau des Gebäudes Forum begonnen, in Verbindung mit dem lokalen Immobilienunternehmer Fernando Weill; im nördlichen Vorort Beccar hat die Firma das Grundstück gekauft, auf dem sich die Papierfabrik Papelera Pedotti befand; im Viertel Recoleta hat die Firma das Gebäude gekauft, das der Parliament Club einst besetzte, um dort die Verwaltung einzurichten. Ausserdem steht ein Geschäft kurz vor dem Abschluss, um sechs Hochhäuser für Premium-Büros zu bauen.

Sechs Unternehmen haben Offerten bei der Ausschreibung der Provinz Salta eingereicht, um Forschungsgenehmigungen für Erdöl und Gas in 11 Gebieten zu erhalten. Unter den Firmen befinden sich die hier schon bekannten Tecpetrol, Pluspetrol, YPF und Petrobras, und auch neue aus China, Kanada und Südkorea, nämlich Grantierra, Oxipetrol, Clivalent und Petroterra.

Nächste Woche werden sich Fachbeamte von Argentinien und

Paraguay treffen, um die Einzelheiten des Abkommens über den Abstrich von u\$s 4,5 Mrd. bei der Schuld des binationalen Unternehmens Yacyretá (EBY) zu verhandeln. Die Gesamtschuld beträgt U\$s 10,6 Mrd. wobei die Verringerung, die Präsident Kirchner unlängst versprochen hat, auf angehäufte Zinsen entfällt. Gleichzeitig muss der genaue Betrag der Entschädigung festgesetzt werden, die wegen Überschwemmung von Ländereien in Paraguay als Folge der Pegelerhöhung entstehen. Am Freitag der Vorwoche hat die argentinische Regierung schon die Zahlung von u\$s 30 Mio. verfügt, als Anzahlung auf den Betrag, der sich schliesslich ergibt. Die Differenz war ursprünglich enorm; doch soll man sich angeblich nachher über eine vernünftige Summe geeinigt haben, wobei jedoch keine weitere Information bekanntgegeben wurde. Überhaupt wird über Yacyretá, und vor allem über die finanzielle Problematik, kaum etwas berichtet, wobei sich auch das Parlament nicht für den Fall zu interessieren scheint.

Die Deputiertenkammer hat ein Gesetzesprojekt angenommen und dem Senat übergeben, wodurch das Brot von der MwSt. erfasst wird (bisher war es frei), bei einem Satz von 10,5%, wobei gleichzeitig der Staz für Mehl von 21% auf 10,5% gesenkt wird. Auch für Weizen gilt der Satz von 10,5%, so dass durch das neue Projekt die Probleme verschwinden, die sich aus unterschiedlichen Sätzen bei den verschiedenen Etappen dieser Kette ergaben.

Der Unterstaatssekretär für Boden für Sozialwirtschaft und ehemaliger "Piquetero" (der u.a. ein Polizeirevier im Boca-Viertel überfallen hat), hat ein Projekt über Enteignung von 500.000 Ha. in Patagonien angekündigt, die der Firma "Compañía Argentina de Tierras Sud Argentino S.A." gehören, deren Besitzer der italienische Grossunternehmer Luciano Benetton ist. Insgesamt besitzt das Unternehmen, das seit 1991 in Argentinien tätig ist, 900.000 ha. In diesem Fall geht es um einen Anspruch von Mapuche-Indianern, die im Jahr 2002 durch ein richterliches Urteil gezwungen wurden, das Land zu verlassen. 2004 hat die Justiz dann den Fall endgültig zu Gunsten von Benetton entschieden. Benetton hat den Eingeborenen schon eine bestimmte Fläche seines Landes übergeben. Das Land in Patagonien hat einen geringen Wert, weil die Wolle wegen der Konkurrenz von Kunststoffen stark entwertet worden ist.

Der Oberste Gerichtshof hat beschlossen, Experten einzuberufen, damit sie unverbindlich (als "amicus curiae") ein Gutachten über die Verfassungsmässigkeit des Verbotes der Inflationsberichtigung von Bilanzen zwecks Berechnung der Gewinsteuer abgeben. Die Korrektur der reinen Inflationswirkung war 1978 eingeführt und bis 1992 beibehalten wor-

den, als sie aufgehoben, aber nicht ausser Kraft gesetzt wurde, weil das System bei Stabilität keinen Sinn mehr hatte. Bisher sind beim Obersten Gerichtshof schon 19 Vorstellungen eingereicht worden, darunter von der Argentinischen Handelskammer, der Unión Industrial Argentina, dem Berufsverband der Wirtschaftswissenschaftler und dem Anwaltskollegium der Stadt Buenos Aires.

Eine Gesellschaft, die zur Dritten aus den Firmen Fernandez Prieto, Emepa und Creaurban (von Franco Macri) besteht, wird u\$8 80 Mio. in ein Projekt investieren, um zwei Hochhäuser von je 44 Stockwerken auf einem Gelände von 8.330 qm in Puerto Madero, gegenüber dem Hilton Hotel, zu errichten. Das Grundstück wurde im November 2005 für u\$8 24 Mio. gekauft. Das Projekt besteht in Luxuswohnungen, die zu u\$8 4.000 je qm verkauft werden sollen.

Die Weinkellerei Doña Paula, in Mendoza, die der chilenischen Claro gehört, wird für 2007 eine zweite Anlage für Weinerzeugung in Betrieb nehmen, auch in Luján de Cuyo, um die Kapazität von 2,5 auf 7,5 Mio. Liter zu erhöhen. Die Firma exportiert 97% ihrer Produktion und erzeugt nur Premium-Weine.

Die Deputiertenkammer hat mit 121 Stimmen (gegen 74 der Opposition) das vor 15 Monaten (als Lavagna noch Wirtschaftsminister war) eingereichte Gesetzesprojekt genehmigt und dem Senat übergeben, durch das für Erdöl- und Gasforschung auf der kontinentalen Meeresplattform Steuervergünstigungen bei der MwSt. und der Gewinnsteuer, plus Ausnahme der Importzölle, gewährt werden, sofern die privaten Unternehmen eine Verbindung mit der staatlichen Enarsa eingehen.

In den letzten Monaten wurden Projekte für die Erzeugung von Bio-diesel-Kraftstoff für etwa eine Milliarde Dollar angekündigt und zum Teil schon in Angriff genommen. Jetzt hat auch der Getreidehändler Héctor Bolzán, in Aldea María Luisa, Entre Rios ein Projekt für 15.000 bis 20.000 Liter pro Tag in Angriff genommen.

Die Regierung hat beschlossen, 30.000 Beamten der Nationalverwaltung ab 1. Oktober einen Gutscheine von \$ 150 monatlich zu gewähren, der für Ernährung bestimmt ist (theoretisch für Zahlung des Mittagessens) und auf den keine Soziallasten berechnet werden. Der Zuschlag gilt nicht für die Beamten der dezentralisierten Organe, wie die AFIP und das PAMI. Gegenwärtig erhalten die Beamten des Ministeriums für soziale Aktion \$ 450 in Form von Tickets für Ernährung, und die des Gesundheitsministeriums \$ 300.

Die ZB hat am Dienstag Wechsel Lebac und Nobac für \$ 850 Mio. untergebracht, \$ 83 Mio. mehr als die Wechsel, die verfallen. Für Lebac zahlte die ZB 8,41% auf 182 Tage (16 Basispunkte unter der Vorwoche) und 10,3% auf 273 Tage (5 Basispunkte unter der Vorwoche). Für Nobac ein Pesos mit Wertberichtigung gemäss Badlar-Satz für Privatbanken wurden 1,18 bis 1,19% Spread auf ein Jahr und 2,7% auf zwei Jahre gezahlt (8 Basispunkte unter der Vorwoche).

Die Dollarkredite der lokalen Banken sind im Laufe des Jahres um 46,5% auf \$ 3,38 Mrd. gestiegen, wogegen die Pesokredite nur um knapp über 20% zugenommen haben.

Arbeitsminister C. Tomada erklärte, die Zahl der Arbeitsinspektoren sei in den letzten Jahren von 12 auf 400 erhöht worden, so dass die Delegationen des Ministeriums im ganzen Land effektiv Inspektionen durchführen, die viel Schwarzarbeit aufdecken.

Die Präsidenten Kirchner und Bachelet haben am Dienstag gleichzeitig zu einer internationalen Ausschreibung aufgerufen, um die Eisenbahnstrecke zwischen Mendoza und Los Andes (Chile) instand zu setzen. Es geht um 225 km. Schienen, davon a 54 km. auf der argentinischen und 71 km. auf der chilenischen Seite. Die Gesamtinvestition wird auf u\$8 300 Mio. geschätzt. 2009 sollen die Arbeiten vollendet sein. Diese Eisenbahn wird den Transport von 4 Mio. Jato erlauben, ebensoviel wie jetzt per Lastwagen befördert wird, soll jedoch billiger sein und keine Unterbrechungen bei starken Schneefällen erleiden, wie es beim Lastwagenverkehr der Fall ist.

Die Stiftung für die Elektrizitätsentwicklung FUNDELEC hat ermittelt, dass der landesweite Stromkonsum im August um 7,5% über dem gleichen Vorjahresmonat lag. Die von CAMESA befriedigte Nachfrage (ohne Patagonien) betrug 8.248,9 Gigawatt-Stunde. Das Netz von 500 KW, das dieses Jahr zum ersten Mal auch Patagonien einschliesst, verzeichnet eine Zunahme von 12%. Der Stromkonsum der Industrie lag um 11,86% über dem Vorjahr. Am meisten stieg die Nachfrage in Jujuy (plus 18,43%), Santiago del Estero (16,98%) und Misiones (11,53%). In Gross Buenos Aires, einschliesslich der Bundeshauptstadt, betrug die Zunahme 8,38%.

Das INDEC berichtet, dass die Vollarbeitslosigkeit im 2. Quartal 2006 10,4% betrug, verglichen mit 12,1% in der gleichen Vorjahresperiode. Dies bezieht sich auf 28 städtischen Ballungszentren. Bei denen des Landesinneren, mit weniger als 500.000 Einwohnern, lag der Koeffizient bei 9,3%, gegen 10,3% im Vor-

BIP-Zunahme im 2. Quartal: 7,9%

Das Statistische Amt (INDEC) meldet, dass die provisorische Berechnung des Bruttoinlandsproduktes für das 2. Quartal 2006 eine interanuelle Zunahme von 7,9% ergibt, und im 1. Halbjahr von 8,3%, da die Zunahme im 1. Quartal 8,8% betrug. Auf dieser Grundlage wird für ganz 2006 mit etwa 8% gerechnet, was zwar weniger als in den unmittelbaren Vorjahren, jedoch immer noch hoch ist.

Die Investitionen nahmen im 2. Quartal um 18,5% gegenüber dem Vorjahr zu, also weit mehr als das BIP. Die interanuelle Zunahme war geringer als in den vergangenen Quartalen: im 1. Q. 2006 betrug sie 22,9%, im 4. Q. 2005 26,9%, im 3. Q. 2005 23,5% und im 1. Q. 2005 13,4%. Die Investitionsrate war im Zuge der Krise 2001/02 stark gefallen, so dass die hohen Zunahmen im Wesen eine Normalisierung zum Ausdruck bringen. Mit einer Investitionsrate über 20% des BIP ist die Lage jetzt normal. Im 2. Q. 2006 betrug die Zunahme bei Bauten 23,2% und bei Maschinen und Anlagen nur 11%.

Im 2. Quartal 2006 expandierte die Fischerei im Vorjahresvergleich um 50,8%, gefolgt von der Bauwirtschaft mit 22,4%, der Finanztätigkeit um 20,3%, dem Transport, der Lagerung von Waren und den Fernverbindungen um 11,9%, der Industrie um 9,5%, der öffentlichen Verwaltung und der Wohnungsvermietung um 6,4%, des Einzelhandels um 6,2%, der Strom- Gas- und Wasserversorgung um 5,1%, der Erziehung, den Gesundheitsdiensten und den sozialen Diensten um 4,5%, den Immobiliengeschäften um 4,2% und dem Bergbau um 2,4%.

jahr, während er bei den Zentren mit über 500.000 Einwohnern bei 11,1% lag, gegen 12,9% im Vorjahr. In der Stadt Buenos Aires betrug die Arbeitslosigkeit 9%, gegen 9,6% im Vorjahr, und in der Umgebung 12,1%, gegen 14,9%. In der Bundeshauptstadt nahm der Anteil der aktiven Bevölkerung (diejenigen, die effektiv arbeiten, plus diejenigen, die eine Beschäftigung suchen) bei 54,7%, gegen 55,6% im Vorjahr, während er in der Umgebung 47,6% betrug, gegen 45,3% im Vorjahr. Die Unterbeschäftigung betrug landesweit 12%. Zur Vollarbeitslosigkeit müssen noch etwa 2 Punkte hinzugezählt werden, die auf Personen entfallen, die die Subvention von \$ 150 monatlich beziehen und theoretisch eine Arbeit verrichten, in Wirklichkeit jedoch kaum arbeiten.

Repsol YPF und Petrobras haben sich formell gegenüber der Regierung verpflichtet, die Versorgung mit Dieseltreibstoff im ganzen Land sicherzustellen. In diesem Sinn werden sie in den nächsten Monaten die Importe erhöhen und ihre Raffinerien für eine höhere Produktion dieses Treibstoffes einrichten. Auch wurde die Bildung einer gemischten Arbeitsgruppe, aus Mitgliedern der Regierung und den Unternehmen, beschlossen, damit sie binnen 15 Tagen Massnahmen vorschlägt, um die bestehenden Versorgungsprobleme zu lösen.

Die Getreidebörse von Buenos Aires weist darauf hin, dass fast 30% des ausgesähten Weizens sich wegen Dürre in schlechtem Zustand befindet, mit einer hohen Wahrscheinlichkeit, ganz verloren zu gehen.

Anlässlich des "Tages des Lehrers", der zum 118. Todestag von

Domingo Faustino Sarmiento gefeiert wurde, kündigte Präsident Kirchner an, dass 11 Provinzen sich dem Pensionierungssystem für Lehrer anschliessen, das eine Pension von 85% des Gehaltes vorsieht und diesem jeweils angepasst wird. 9.600 pensionierte Lehrer erhalten auf diese Weise monatlich \$ 200 mehr. Der ANSeS-Verwalter Sergio Massa gab ausserdem bekannt, dass Lehrer in Grenzgebieten oder die bei speziellen Lehranstalten tätig seien, einen Zusatz zu ihrer Rente erhalten werden.

Vor japanischen Unternehmern, anlässlich einer Zusammenkunft des argentinisch-japanischen gemischten Komitees, erklärte Aussenminister J. Taiana, das BIP werde dieses Jahr u\$8 200 Mrd. erreichen und um 40% über dem von 2002 liegen. Die Exporte von Gütern und Dienstleistungen werden voraussichtlich u\$8 50 Mrd. erreichen, fast doppelt so viel wie 2002, und die Importe u\$8 40 Mrd.

Die ZB hat ihre Reserven mit u\$8 28 Mrd. schon auf den Stand gebracht, den sie vor der Zahlung der Schuld an den IWF von u\$8 9,8 Mrd. hatten. Die ZB rechnet für Ende Jahr mit Reserven von u\$8 30 Mrd.

Der lokale Stahlkonsum lag in den ersten 7 Monaten 2006 um 14,4% über der gleichen Vorjahresperiode und erreichte 136,9 kg pro Kopf der Bevölkerung. Für ganz 2006 rechnet die Consulting Firma IES mit einer Rekordproduktion von 5,1 Mio t. Der hohe Binnenkonsum führte in 7 Monaten zu einem Exportrückgang von 25,4% auf 990.000 t. Auch die Importe nahmen ab, um 10,3% auf 626.000 t. Der Importrückgang wurde durch eine Produktions-

erhöhung von 170.000 t ausgeglichen.

Das staatliche Bergwerksunternehmen "Yacimiento Carbonífero Río Turbio" unterzeichnete einen Kaufvertrag mit der polnischen Kőpec über Anlagen für E 30 Mio. für eine neue Förderungfront im Bergwerk. Die mehrheitlich staatliche Kőpec hatte 2005 schon eine ähnliche Anlage geliefert. Seit der Rückverstaatlichung des Bergwerkes vor zwei Jahren wird der Staat finanziell stark belastet, nicht nur für Investitionen, sondern auch, um das Betriebsdefizit zu decken. Die Regierung hat bisher keinerlei Information über die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens bekanntgegeben, die sich beim gegenwärtig höheren Kohlenpreis, bei höherer Produktion und der starken Belegschaftsverringerung, die der private Konzessionär (Sergio Taselli) vorher vorgenommen hat, sehr verbessert haben müsste.

Die Banco de Galicia kündigte eine Kapitalerhöhung um \$ 340 Mio. auf \$ 568,6 Mio. an. Die neuen Aktien werden den bestehenden Aktionären angeboten und können in bar oder mit Obligationen der Bank gezahlt werden, die auf diese Weise in Aktien umgewandelt werden.

Der Handel über Internet (BtoC) erreichte in Argentinien letztes Jahr einen Umsatz von \$ 1,38 Mrd. Dieses Jahr wird mit einer Zunahme von 59,4% auf etwa \$ 2,2 Mrd. gerechnet. Die Zahl der Internetanschlüsse betrug Ende 2005 rund 10 Mio., und soll Ende 2006 13 Mio. erreichen. Doch nur 12% bis 14% der Internetbenutzer kaufen auf diesem Weg. Der durchschnittliche Kauf ist von \$ 50 vor drei Jahren auf \$ 150 dieses Jahr gestiegen.

Die Aufsichtsbehörde ENRE hat durch Beschluss 752/06 (Amtsblatt vom 11.09.2006) die Unternehmen Edenor und Transba autorisiert, ihre Statuten zu ändern, um telefonische Dienste über das Stromnetz zu bieten.

In der Vorwoche fand die erste Verschiffung von lokalen Landwirtschaftsmaschinen für Venezuela statt, die im Rahmen des Abkommens mit jenem Land geliefert werden. Insgesamt sollen Ernte- und Saatmaschinen u.a. Anlagen für u\$S 113 Mio. exportiert werden.

Eine Gruppe von zehn Landwirten, die Mitglieder der Verbände Aapresid (der die direkte Ausaat fördert) und CREA (der allgemein die Einführung landwirtschaftlicher Technologie durch Erfahrungsaustausch fördert) hat beschlossen, 2007 eine Fabrik für Biodiesel in Tres Arroyos, Provinz Buenos Aires, für u\$S 250.000 zu richten.

Das Studienzentrum des Sekretariates für Industrie und Handel,

genannt CEP (Centro de Estudios para la Producción) hat berechnet, dass die Investitionen lokaler und ausländischer Firmen in den ersten 5 Monaten 2006 mit u\$S 8,64 Mrd. schon 88% des Gesamtbetrages von 2005 erreicht haben. Von den Investitionen von 2006 entfallen 34,7% auf Infrastruktur, 26,4% auf Industrie, 26,1% auf Bergbau, 12% auf Handel und Dienstleistungen, 0,5% auf primäre Tätigkeiten und 0,2% auf den Finanzsektor.

Der Gouverneur der Provinz Buenos Aires, Felipe Solá, gab einen Fünfjahresplan für die provinzeigene Werft «Astilleros Río Santiago» bekannt, der auch Verträge mit 10 anderen lokalen Werften und 50 Werkstätten einschliesst, so dass eine maximale Nutzung der Kapazität erreicht werden kann. Die Beschäftigung soll von 11.000 auf 29.000 Arbeiter steigen.

Der Umsatz der lokalen Pharmaindustrie lag laut Angaben des Statistischen Institutes (INDEC) im 2. Quartal 2006 um 27% über der gleichen Vorjahresperiode. Am meisten wurden Medikamente gegen Nervenkrankheiten verkauft (\$ 289 Mio.), gefolgt von solchen für Darmkrankheiten (\$279 Mio.). Infektionsbekämpfungsmittel lagen an dritter Stelle (\$ 222 Mio.) und Pharmaprodukte für Herzkrankheiten an vierter (\$ 199 Mio.) Die Lieferungen an den Binnenmarkt nahmen um 24% zu, die Exporte um 50%. Der Umsatz von importierten Medikamenten stieg um 36%.

Aceitera General Deheza wird den Hafen von Rosario nicht mehr verwenden, weil die Lastwagen mit Ölsaaten ständig überfallen werden, wobei sich die Behörden des Problems nicht annehmen.

Der ehemalige Gouverneur von Santa Cruz, Arturo Puricelli, wurde zum Interventor von "Fabricaciones Militares" ernannt. Dieser Konzern von Fabriken, die das Heer in der Nachkriegszeit errichtet hat, wurde unlängst auf das Planungsministerium übertragen. "Fabricaciones Militares" wurde unter Menem weitgehend privatisiert, was De Vido jetzt scharf kritisierte. Es verbleiben vier Betriebe, die jetzt so weit ausgelastet werden sollen, wie es die Kapazität erlaubt. Das Problem besteht jedoch darin, dass diese Fabriken Waffen herstellen, für die es nur eine geringe Nachfrage gibt.

Fast ein Viertel der ZB-Wechsel (Lebac und Nobac) befinden sich im Portefeuille der Banco Nación. Diese Bank verfügt über eine hohe Liquidität, weil sie die Staatsdepositen erhält, die automatisch bei höheren Steuereinnahmen stark zunehmen.

Die Hypotekarkredite stiegen im 1. Halbjahr 2006 im Vergleich zur gleichen Vorjahresperiode um 84% auf \$ 1,68 Mrd. Der Bericht des Ban-

kenverbandes ABA weist darauf hin, dass bei Fortdauern dieser Tendenz die Banken dieses Jahr 36.000 Familien den Zugang zum Kredit erleichtert haben werden. Der Kreditbetrag des 1. Halbjahres 2006 entspricht 60% des Preises von 18.300 Apartments von 50 qm., bei einem Preis von u\$S 1.000 pro qm. Dennoch betragen die Gesamtkosten für eine Hypothek 15%, wobei die Banco Nación sich vorgenommen hat, diese Zahl auf 10% zu senken. Zu diesem Zweck müssen die Zinsen von 12% auf 7% bis 8% gesenkt und die Fristen auf 30 Jahre verlängert werden. Die Privatbanken weisen darauf hin, dass die Zinssenkung für sie nicht möglich ist, wobei das weitere Hindernis hinzukommt, dass sie nicht über langfristige Depositionen verfügen. Bei Verwendung von kurzfristigen Depositionen für diesen Zweck würden die Banken somit bei einem Depositionenabfluss ungedeckt bleiben.

Petrobras bestätigt die Absicht, binnen 5 Jahren u\$S 2,4 Mrd. in Argentinien zu investieren. Ein wesentlicher Teil davon ist für die Forschung und Ausbeutung in tiefen Gewässern bestimmt. Vor der Südküste von Buenos Aires hat das Unternehmen schon in Verbindung mit der staatlichen Enarsa die Forschung in tausend Meter Tiefe aufgenommen.

Der Fischexport nahm laut SENASA in 7 Monaten 2006 um 13%

auf u\$S 327 Mio. zu. Dabei nahm die Menge nur 6% auf 214.019 Tonnen zu. Bei den Käufern lag Spanien mit u\$S 53 Mio. an erster Stelle, gefolgt von Brasilien mit u\$S 49 Mio. und den USA mit u\$S 26 Mio.

Argentinien schickt sich an, der grösste Weinlieferant für Brasilien zu werden. Der Weinkonsum liegt in Brasilien bei durchschnittlich 2 Litern pro Einwohner pro Jahr, gegen 52 Liter Bier und 10 Litern Branntwein aus Zuckerrohr. Das brasilianische Weininstitut rechnet jedoch mit einer Zunahme auf 9 Liter Wein im Jahr 2025. Brasilien steht bei den argentinischen Weinexporten nach den USA und Grossbritannien an dritter Stelle, würde jedoch bei der vorgesehenen Konsumzunahme bald auf den ersten Platz aufrücken.

Das Unternehmen, das die Stossdämpfer Marke Fric Rot erzeugt, schickt sich an, u\$S 16 Mio., in der Fabrik in Rosario zu investieren, um die Produktion von 9.000 Stossdämpfern täglich auf 12.500 zu erhöhen. 2005 waren es nur 7.000. Die Firma wird insgesamt u\$S 45 bis u\$S 50 Mio. in Süd-amerika investieren, davon 55% in Brasilien und 45% in Argentinien. Von der lokalen Investition entfallen 80% auf die Stossdämpferfabrik in Rosario und 20% auf die von Auspuffröhren in Buenos Aires.

WIRTSCHAFTSÜBERSICHT

Die allgemeine Rentenerhöhung

Am Freitag der Vorwoche kündigte die Regierung eine allgemeine Anhebung der Pensionen und Hinterbliebenrenten (die allgemein als Renten bezeichnet werden) von 13% ab 1. Januar 2007 an. Das war eine Antwort auf die Anweisung des Obersten Gerichtshofes, auf Grund der Klage eines Pensionärs, dass die Regierung die Renten von über \$ 1.000 im Monat erhöhen müsse, da diese seit etwa 12 Jahren keine Änderung erfahren hätten. Das Gesetz sah bis 1994 vor, dass die Renten jeweils 82% vom entsprechenden Lohn oder Gehalt ausmachen müssen. Das war 1958 bestimmt worden, auf der Grundlage, dass die Pensionen gleich den Entlohnungen sein müssten, die vor der Pensionierung bezogen wurden, wobei dann 18% abgezogen wurden, wegen den Ausgaben die ein Arbeiter oder Angestellter hat und die bei einem Pensionär entfallen, wie Transport u.a. Jenes System wurden jedoch nie erfüllt, wobei schon kurz nach Verkündung des Gesetzes progressive Abschläge bei Renten eingeführt wurden, die das Minimum überstiegen. Das System wurde dann 1968 geändert, wobei das Indexierungsprinzip eingeführt wurde.

1994 wurde die Gesetzgebung auf Initiative des damaligen Ministers Cavallo reformiert, wobei die Indexierung abgeschafft, jedoch bestimmt wurde, dass die Renten im Ausmass des Überschusses des Systems erhöht werden müssten. Finanziell sollte das staatliche Rentensystem somit neutral sein. Gleichzeitig wurde damals das halbprivate System geschaffen, bei dem die persönlichen Beiträge an eine private Kasse (AFJP) eingezahlt werden, der Unternehmerbeitrag jedoch weiterhin an die staatliche Kasse, das ANSeS (Administración Nacional de Seguridad Social).

Die Regierung hat nun eine Rentenerhöhung im Rahmen dieses Prinzips verfügt. Angeblich kann sie eine Zulage von 13% verkraften, ohne dass das ANSeS in Defizit gerät. Die Kosten wurden offiziell auf \$ 4,1 Mrd. im Jahr 2007 veranschlagt. Wenn man jedoch noch berücksichtigt, dass unlängst das Recht auf Pensionierung für Hausfrauen u.a. ver-

fügt wurde, die das Pensionsalter erreicht haben, jedoch nur einen Teil der 30 vorgeschriebenen Beitragsjahre erfüllen, oder überhaupt nie beigetragen haben, so kommt noch ein Betrag hinzu, der 2007 eventuell unter \$ 500 Mio. liegt, weil von der Rente die Zahlung der Raten abgezogen wird, mit denen die geschuldeten Beiträge gezahlt werden. In weiteren Jahren steigt der Betrag gemäss privaten Berechnungen stark, eventuell über \$ 3 Mio. jährlich.

Auch muss berücksichtigt werden, dass die Finanzen des staatlichen Rentensystems durch das Bestehen des privaten Systems kontinuierlich verschlechtert werden. Denn diejenigen, die in den Arbeitsprozess eintreten und Beiträge leisten, schliessen sich dem privaten System an, während vorläufig die überwältigende Mehrheit derjenigen, die in Pension gehen, dem staatlichen System zur Last fallen. Vorläufig liegt die Zahl der Rentner des privaten Systems noch knapp über 100.000. Erst ab 2010 findet eine steigende Zunahme statt, bis sich dann nach 2020 fast alle privat pensionieren. Der Staat muss dann nur noch, wegen der hohen Sterblichkeitsrate unter Rentnern, für eine stark abnehmende Altlast sorgen, die schliesslich minimal wird.

Auf der anderen Seite verzeichnet das ANSeS dieses Jahr eine Erhöhung der Einnahmen gegenüber dem Vorjahr von über 40%. In 8 Monaten sind die Unternehmerbeiträge um 47,3% gestiegen und die persönlichen Beiträge der staatlichen Kasse um 34,5%. Dies ist auf folgende Umstände zurückzuführen: 1. Lohn- und Gehaltserhöhungen; 2. Zunahme der Beschäftigung; 3. Legalisierung von Schwarzarbeitern; 4. Abschaffung der Höchstgrenze, auf die die Beiträge berechnet werden. Dies stellt eine bedeutende Zusatzbelastung für organisierte Unternehmen dar, mit vielen gutbezahlten Angestellten.

Bevor die Regierung ihren Entschluss fasste, sind im Kongress eine Fülle von Projekten aufgekommen, die alle eine Indexierung gemäss Löhnen und/oder Preisen beruhen, und auch die rückwirkende Zahlung des angeblich geschuldeten Beitrages seit Anfang 2002 verfügen. Die Abgeordneten haben den Beschluss des Obersten Gerichtshofes auf diese Weise interpretiert, ohne sich an das bestehende Gesetz zu halten. Gelegentlich muss der Gerichtshof wohl entscheiden, ob die von der Regierung verfügte Erhöhung dem Wort und Sinn des Entscheides entspricht. Man kann annehmen, dass auch der Oberste Gerichtshof sich an das geltende Gesetz von 1994 hält und es nicht als verfassungswidrig erklärt. Somit kann er nur bestimmen, dass ein eventueller Überschuss, sofern noch einer nach der Erhöhung von 13% verbleibt, auch unter den Rentnern verteilt wird. Was noch geklärt werden müsste ist die Frage, ob sich der Überschuss auf sämtliche Einnahmen der ANSeS bezieht, also auch auf die Beteiligung an der Gewinnsteuer und anderer Steuern, oder nur auf die eigenen Einnahmen aus Beiträgen von Arbeitgebern und -nehmern.

Der Überschuss der ANSeS wird zu dem der Staatsfinanzen hinzugezählt. Wenn er jetzt für Zahlung von Renten aufgewendet wird, dann nimmt der Fiskalüberschuss ab. Zieht man vom sogenannten Primärüberschuss die Zinsen ab, die normale Ausgaben sind und keinen Überschuss darstellen, dann dürfte der echte Überschuss jetzt weitgehend aufgesogen werden, wobei die Gefahr besteht, dass wieder ein Defizit entsteht.

Die Renten unter \$ 1.000 pro Monat wurden im Laufe der letzten Jahre schon angehoben, sehr stark bei den Mindestrenten und wenig bei denen, die zwischen dem Minimum und \$ 1.000 liegen. Die Entwicklung war wie folgt:

Zahl der Rentner	Rente (in Pesos)		Zunahme 2001/07 (in %)	Reale Zunahme Veränderung 2001 2007 (in %) (bei 90% Preiszunahme)
	2001	2007		
1.001.544	200	530	165,0	+35,9
1.195.494	300	530	76,7	-7,0
535.755	500	690	38,0	-27,4
198.622	700	966	38,0	-27,4
143.327	1.000	1.254	25,4	-34,0
119.268	2.000	2.508	25,4	-34,0
20.253	3.000	3.762	25,4	-34,0

(Quelle: ANSeS)

Ab 2001 ist somit eine starke Verflachung der Renten eingetreten. Die Regierung, sowohl die von Duhalde, wie die von Kirchner, hat das Solidaritätsprinzip dem Proportionalitätsprinzip vorangestellt. Im September 2002 machten die Bezieher der Mindestrente nur 17% der ge-

samten Rentner aus; im August 2003 waren es schon 53% und im Juni 2006 70%. Das ändert sich durch die Rentenerhöhung ab Januar 2007 auch nicht, da diese für alle gilt.

Bei den Renten, die vom privaten System gezahlt werden, gilt die Zunahme von 13% nur für den staatlichen Beitrag, der in einem festen Betrag besteht, so dass auch hier das Solidaritätsprinzip zum Ausdruck kommt. Das als privat bezeichnete System ist im Wesen mehr staatlich als privat, da der Unternehmerbeitrag 16% des Lohnes oder Gehaltes ausmacht, der persönliche Beitrag ursprünglich 11% und seit 2001 nur 5% und jetzt 7%.

Über die Veränderung der Renten, die von den AFJP-Kassen gezahlt werden, bestehen keine zuverlässigen Daten, da die Kassen sich nicht darum gekümmert haben, sie bekanntzugeben. Der private Teil der Rente müsste auf alle Fälle im Verhältnis zur Aufwertung des angesammelten Kapitals erhöht werden, das jedoch durch die Umschuldung der Staatsschuld einen Abschlag erfahren hat. Bei Staatspapieren mit CER-Berichtigung sollten die Renten somit in diesem Verhältnis aufgewertet werden, bei Titeln in Dollar im Verhältnis zum Wechselkurs. Es wäre der Transparenz und Glaubwürdigkeit des privaten Systems bestimmt dienlich, wenn die Formel der Berichtigung der Renten bekanntgegeben würde, so dass dies nicht der willkürlichen Auslegung der einzelnen Kassen überlassen wird. Dies ist umso mehr notwendig, als das System von den linken politischen Gruppierungen stark angefeindet wird und somit gefährdet ist.

Die bevorstehende Energiekrise

Das Energiesekretariat hat per Beschluss 1281/06 (Amtsblatt vom 5.9.06) eine Beschränkung der Stromlieferungen des öffentlichen Systems an Unternehmen verfügt, die über 300 MW verpflichtet haben. Sie dürfen ab 1. November nur so viel Strom verbrauchen, wie im sogenannten "Grundjahr" 2005, also weniger als 2006. Für Haushalte und Unternehmen mit einem geringeren Stromverbrauch gilt keine Beschränkung.

Der landesweite Stromverbrauch wächst gegenwärtig mit einer jährlichen Rate um die 7%. Die Kapazität der Kraftwerke und des Ferntransportsystems für Strom ist praktisch voll ausgelastet, so dass bei einer weiteren Zunahme des Konsums oder bei Pannen in Kraftwerken oder Fernleitungen Knappheit eintritt. Die vorgesehenen Erweiterungen der Kapazität bei der Stromerzeugung und beim Verbundnetz stehen bestenfalls zu einem geringen Teil im 2. Halbjahr 2007 zur Verfügung, und voll erst 2009 und danach. Dennoch hat Planungsminister Julio De Vido vor Mitgliedern der Regierungspartei, im sogenannten Institut für den Sieg (Instituto para la Victoria) erklärt, es gebe keine Krise, wobei er die Warnungen von Experten als Dummheiten bezeichnete und sie als Lobby der Stromunternehmen abtat, die Tarifierhöhungen haben wollen.

In diesem Sinn sei bemerkt, dass in letzter Zeit die Regierung der Vereinigten Staaten und der IWF die Notwendigkeit der Erhöhung der Stromtarife betonen,

jetzt mit dem Argument, dass künstlich niedrige Tarife zu einer überhöhten Nachfrage führen. Die Vertreter der USA haben schon bei der Gewährung von Krediten an Argentinien durch die Interamerikanische Entwicklungsbank und der Weltbank aus diesem Grund dagegen gestimmt.

In der Tat kümmern sich die argentinischen Haushalte wenig um den Stromkonsum, auf alle Fälle viel weniger als es in reichen Ländern wie Deutschland der Fall ist. Das Programm über den rationellen Stromverbrauch (PUREE, Programa de uso racional de energía eléctrica), das 2004 eingeführt wurde und weiterhin in Kraft ist, das in einem Zusatztarif bei einem Konsum besteht, der den des Vorjahres übertrifft, hat kaum eine Wirkung gehabt, eben weil der Strom so billig ist. Wie lange Argentinien eine Insel in einer Welt mit teurer Energie bleiben kann, sei dahingestellt.

Für den kommenden Sommer wird mit einer starken Konsumzunahme gerechnet, die durch hohe Käufe von Luftkühlanlagen hervorgerufen wird. Der Handel hat gegenwärtig über eine Million dieser Anlagen auf Lager, und rechnet damit, sie in den kommenden Monaten zu verkaufen. Nicht nur die Haushalte beziehen sie, sondern auch die vielen neuen Hotels, die im ganzen Land wie Pilze entstehen. Wenn die Wirtschaft weiter wächst, wie es voraussichtlich in diesem und dem nächsten Jahr der Fall sein wird, dann nimmt auch die Stromnachfrage der Unternehmen weiter zu.

Vor etwa einem Monat hat der Verband der Stromverteiler mit dem Unternehmervverband "Confederación General Económica", der vorwiegend kleine und mittlere Unternehmen im Landesinneren vertritt, ein Abkommen unterzeichnet, um diesen Unternehmen durch Bereitstellung von Fachleuten bei der Strommeparnis zu helfen. Die Regierung soll dabei 50% der Honorare der Experten zahlen. Die Rationalisierung des Stromverbrauches ist eine Technologie, die die meisten Unternehmen nicht kennen, so dass sie, ohne sich dessen bewusst zu sein, mehr Strom als notwendig verbrauchen. Diese Initiative muss positiv gewertet werden, auch wenn das Ergebnis zunächst bescheiden ist.

Die Grossunternehmen, deren Stromkonsum den des Jahres 2005 übertrifft, müssen jetzt die Differenz zu ihrem effektiven Konsum entweder über eigene Stromanlagen decken, oder Strom von anderen Unternehmen mit eigenen Anlagen beziehen, sofern diese einen Überschuss haben (was in der Praxis kaum der Fall ist), oder sie können bei Stromerzeugungsunternehmen kaufen, die dem Verbundsystem angeschlossen sind, sofern diese mehr erzeugen als im Jahr 2005. Es handelt sich im ganzen Land um etwa 5.000 Unternehmen, die gegenwärtig um die 40% des konsumierten elektrischen Stromes ausmachen. In den ersten 8 Monaten 2006 verbrauchten diese Unternehmen 8% mehr Strom als in der gleichen Vorjahresperiode, was 600 MW ausmacht, die sie jetzt nicht mehr vom öffentlichen System zu den festgesetzten Tarifen erhalten. In den

meisten Fällen bedeutet dies jetzt wohl, dass sie Unterbrechungen der Lieferungen erfahren werden, wenn der gesamthaft erzeugte Strom nicht ausreicht. Unternehmen, die nur in einer oder zwei Schichten arbeiten, können eventuell das Problem dadurch lösen, dass sie auf Nacharbeit übergehen, da dann der Konsum der Haushalte und Büros drastisch abnimmt. Das bedeutet jedoch einen Lohnzusatz, also höhere Kosten. In den meisten Fällen dürfte diese unzureichende Stromversorgung zu Produktionskürzungen führen.

Für diesen zusätzlichen Stromkonsum wird das Energiesekretariat einen höheren Tarif anerkennen, auf der Grundlage der Erzeugungskosten plus eines "angemessenen" Gewinnes. Bei der Versorgung mit eigenen Anlagen ist dies belanglos. Auch wenn ein Unternehmen Strom von einem anderen bezieht, hat dies keine praktische Bedeutung, da es sich dann um ein Problem unter Privaten handelt, bei dem der Staat kaum die Möglichkeit hat, zu intervenieren. Nur bei zusätzlicher Versorgung durch Kraftwerke, die als öffentliche Dienste eingestuft werden, müsste die Regierung den Tarif festsetzen. Hier geht es angeblich darum, dass einige Wärmekraftwerke veraltete Anlagen haben, die sie nicht in Betrieb nehmen, weil die Kosten dabei zu hoch sind und durch den allgemeinen Tarif nicht gedeckt werden, eventuell auch um neue Anlagen, die nur bei einem höheren Tarif wirtschaftlich sinnvoll sind.

Industrieunternehmer haben darauf hingewiesen, dass jetzt Produktionserweiterungen, und

vor allem neue Industrieinvestitionen, bestraft werden, da sie auf alle Fälle teureren Strom haben werden, wobei sie bei eigenen Anlagen auf der Grundlage von Dieseltreibstoff nicht nur höhere Kosten haben, sondern ausserdem noch die entsprechende Investition tragen müssen. Die Produktion aus neuen Investitionen hat somit von vorne herein einen Konkurrenznachteil gegenüber bestehenden Betrieben, die billigeren Strom vom öffentlichen System beziehen. Das ist eine Hemmung für Investitionen.

Durch ein Abkommen zwischen der Regierung und dem Dachverband der Industrie, die "Unión Industrial Argentina", wurde vereinbart, dass die Unternehmen mit eigenen Anlagen während der Tageszeiten mit Hochkonsum keinen Strom vom Verbundnetz konsumieren dürfen, sondern nur denjenigen ihrer eigenen Anlagen, sofern diese den Konsum voll decken. Das soll angeblich eine Ersparnis von 10% des Gesamtkonsums herbeiführen. Ob den Unternehmen in diesem Fall ein höherer Strompreis zugestanden wird, wobei sie dann die Differenz zum öffentlichen Tarif von der Stromrechnung abziehen können, wie es sinngemäss sein sollte, ist jedoch nicht klar.

Klar ist das Thema auf alle Fälle mit dem erwähnten Beschluss nicht; erst die konkrete Anwendung dieses Systems wird zeigen, wie es im einzelnen Fall funktioniert. Auch ist nicht bestimmt, was geschieht, wenn der Strom zur Belieferung der Haushalte und der Unternehmen von bis zu 300 MW plus dem Konsum der Unterneh-

men von über 300 KW auf dem Stand von 2005, nicht ausreicht, wie es sehr gut möglich ist. Schliesslich dürfte dann zur traditionellen Lösung gegriffen werden, bestehend in programmierten Unterbrechungen des Dienstes für bestimmte Bereiche der Stadt Buenos Aires und ihrer Umgebung, die dann alle Verbraucher betreffen.

Auf Umwegen soll jetzt das Prinzip des differenzierten Tarifes eingeführt werden. Investitionen auf dem Gebiet der Stromerzeugung, der Fernleitungen und des Verteilungsnetzes lohnen sich bei den bestehenden Tarifen nur ausnahmsweise. Die Regierung steuert auf ein System zu, bei dem der Staat für die Investitionen aufkommt und den Privatunternehmen dann die Betreuung überlässt.

Aber auch in diesem Fall müssen Amortisationen berechnet werden, die in höheren Tarifen zum Ausdruck kommen, wobei es ohnehin fraglich ist, ob der Staat über die finanziellen Mittel verfügt, um die Investitionen zu finanzieren.

Wenn jetzt ein Unternehmen mit eigenen Mitteln oder Krediten investiert, um mehr Strom als bisher zu erzeugen, was nicht verboten ist, kann es gemäss dem neuen System einen höheren Tarif erhalten, der allerdings vom Energiesekretariat genehmigt werden muss, so dass das Unternehmen vom guten Willen der Beamten abhängt. Und das stellt, besonders bei dieser Regierung und angesichts der ständigen Kostenzunahmen, ein grosses Risiko dar, das diese Investitionen entmutigt.